

BERUFSORDNUNG (SATZUNG) DER ZAHNÄRZTEKAMMER SCHLESWIG-HOLSTEIN

Präambel	3
I. Abschnitt – Allgemeine Grundsätze	3
§ 1 Geltungsbereich.....	3
§ 2 Berufspflichten.....	3
§ 3 Kammer.....	4
§ 4 Haftpflicht.....	4
§ 5 Fortbildung.....	5
§ 6 Qualität.....	5
§ 7 Verschwiegenheit.....	5
§ 8 Kollegialität.....	5
II. Abschnitt – Ausübung des zahnärztlichen Berufs	6
§ 9 Praxis.....	6
§ 10 Vertretung.....	6
§ 11 Zahnarztlabor.....	6
§ 12 Zahnärztliche Dokumentation.....	7
§ 13 Gutachten.....	7
§ 14 Notfalldienst.....	7
§ 15 Honorar.....	7
III. Abschnitt – Zusammenarbeit der Zahnärztin oder des Zahnarztes mit Dritten	8
§ 16 Gemeinsame Praxisführung.....	8
§ 17 Zahnheilkundegesellschaften.....	8
§ 18 Angestellte Zahnärztinnen und Zahnärzte.....	8
§ 19 Praxismitarbeiterinnen und Praxismitarbeiter.....	8
IV. Abschnitt – Berufliche Kommunikation	9
§ 20 Berufsbezeichnung, Titel und Grade.....	9
§ 21 Information.....	9
§ 22 Praxisschild.....	10
V. Abschnitt – Inkrafttreten	10
§ 23 Inkrafttreten.....	10
Anlage 1 – Gutachterordnung (Anlage zur Berufsordnung (Satzung) der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein)	11
§ 1 Anwendungsbereich.....	11
§ 2 Bestellung.....	11
§ 3 Voraussetzungen.....	11
§ 4 Abberufung.....	11
§ 5 Gutachterliste.....	12
§ 6 Gutachtauftrag und Ablehnung.....	12
§ 7 Besondere Pflichten.....	12
§ 8 Persönliche Erstellung des Gutachtens.....	13
§ 9 Vorbereitung des Gutachtens.....	13
§ 10 Aufbau des Gutachtens.....	13
§ 11 Weitergabe des Gutachtens.....	14
§ 12 Entschädigung.....	14
Anlage 2 Notdienstordnung (Anlage zur Berufsordnung (Satzung) der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein) – gültig für Planung und Durchführung des Notfallbereitschaftsdienstes für das Jahr 2019 und später	15
§ 1 Durchführung des Notfallbereitschaftsdienstes.....	15

§ 2 Teilnahme am Notfallbereitschaftsdienst und Befreiung	15
§ 3 Häufigkeit der Heranziehung zum Notfallbereitschaftsdienst.....	17
§ 4 Zeiten und Dauer des Notfallbereitschaftsdienstes	17
§ 5 Vertretung und Tausch	17
§ 6 Verweisung.....	18
§ 8 Übergangsbestimmung.....	18

Anlage 2 Notdienstordnung (Anlage zur Berufsordnung (Satzung) der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein) – gültig für die Planung und Durchführung des Notfallbereitschaftsdienstes für das Jahr 2018 **19**

§ 1 Durchführung	19
§ 2 Teilnahme.....	19
§ 3 Zeiten.....	19
§ 4 Vertretung.....	19
§ 5 Verweisung.....	19

Berufsordnung (Satzung) der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein

- vom 25. April 2017 (Amtsbl. Schl.-H. S. 898)
- zuletzt geändert durch Satzung vom 2. Januar 2019 (Amtsbl. Schl.-H. S. 2)

Präambel

Die Berufsordnung regelt das Verhalten von Zahnärztinnen oder Zahnärzten gegenüber Patientinnen oder Patienten, Kolleginnen oder Kollegen, Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern und anderen Partnern im Gesundheitswesen. Mit der Festlegung von Berufsrechten und Berufspflichten dient die Berufsordnung dem Ziel,

1. die Freiberuflichkeit der Zahnärztin oder des Zahnarztes zu gewährleisten;
2. das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Zahnärztin oder Zahnarzt und Patientin oder Patient zu erhalten und zu fördern;
3. die Qualität der zahnärztlichen Tätigkeit im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung sicherzustellen;
4. das Ansehen des Zahnarztberufes zu wahren;
5. berufswürdiges Verhalten zu fördern und berufsunwürdiges Verhalten zu verhindern,

um damit dem Gemeinwohl zu dienen.

Für jede Zahnärztin und jeden Zahnarzt gilt folgendes Gelöbnis:

„Ich verpflichte mich, meinen Beruf würdig und gewissenhaft nach den Gesetzen der Menschlichkeit auszuüben, meine zahnärztliche Tätigkeit in den Dienst der Gesundheitspflege zu stellen und dem mir im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen.“

I. Abschnitt – Allgemeine Grundsätze

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Berufsordnung gilt für alle Mitglieder der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein (Zahnärztekammer) und für alle vorübergehend und gelegentlich im Geltungsbereich dieser Berufsordnung zahnärztlich tätigen Berufsangehörigen und regelt deren Berufsrechte und -pflichten.

(2) Unter zahnärztlicher Berufsausübung ist jede Tätigkeit einer Zahnärztin oder eines Zahnarztes zu verstehen, bei der zahnärztliche Fachkenntnisse vorausgesetzt, eingesetzt oder mitverwendet werden. Dies können neben kurativen Tätigkeiten auch nicht kurative Tätigkeiten sein.

§ 2 Berufspflichten

(1) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt ist zum Dienst an der Gesundheit der einzelnen Menschen und der Allgemeinheit berufen. Der zahnärztliche Beruf ist seiner Natur nach ein freier Beruf. Er wird aufgrund besonderer beruflicher Qualifikation persönlich, eigenverantwortlich, fachlich und wirtschaftlich unabhängig in Diagnose- und Therapiefreiheit ausgeübt.

(2) Der zahnärztliche Beruf ist mit besonderen Berufspflichten verbunden. Insbesondere ist die Zahnärztin oder der Zahnarzt verpflichtet,

1. ihren oder seinen Beruf gewissenhaft und nach den Geboten der ärztlichen Ethik und der Menschlichkeit auszuüben,

2. die Regeln der zahnmedizinischen Wissenschaft zu beachten,
 3. dem ihr oder ihm im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen,
 4. ihr oder sein Wissen und Können in den Dienst der Vorsorge, der Erhaltung und der Wiederherstellung der Gesundheit zu stellen,
 5. das Selbstbestimmungsrecht ihrer oder seiner Patientinnen oder Patienten zu achten.
- (3) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat das Recht ihrer oder seiner Patientinnen und Patienten auf freie Arztwahl zu achten.
- (4) Die Patientin oder der Patient ist über den Namen der oder des behandelnden Zahnärztin oder Zahnarztes in geeigneter Weise zu informieren.
- (5) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt kann die zahnärztliche Behandlung ablehnen. Dies gilt insbesondere, wenn
1. eine Behandlung nicht gewissenhaft und sachgerecht durchgeführt oder
 2. die Behandlung der Zahnärztin oder dem Zahnarzt nach pflichtgemäßer Interessenabwägung nicht zugemutet werden kann oder
 3. die Zahnärztin oder der Zahnarzt der Überzeugung ist, dass das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihr oder ihm und der Patientin oder dem Patienten nicht oder nicht mehr besteht.

Die Verpflichtung der Zahnärztin oder des Zahnarztes, in Notfällen zu helfen, bleibt davon unberührt.

(6) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt ist verpflichtet, die ihr oder ihm aus ihrer oder seiner zahnärztlichen Behandlungstätigkeit bekannt werdenden unerwünschten Arzneimittelwirkungen der „Arzneimittelkommission Zahnärzte“ von Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung mitzuteilen. Vorkommnisse mit Medizinprodukten sind an das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zu melden.

(7) Der Zahnärztin oder dem Zahnarzt ist es nicht gestattet, für die Verordnung, die Empfehlung oder den Bezug von Arznei-, Heil- oder Hilfsmitteln sowie Medizinprodukten für Patientinnen und Patienten Vorteile für sich oder Dritte zu fordern, versprechen zu lassen oder anzunehmen.

(8) Es ist der Zahnärztin oder dem Zahnarzt nicht gestattet, für die Zuweisung und Vermittlung von Patientinnen und Patienten Vorteile zu fordern, sich versprechen oder gewähren zu lassen, selbst zu versprechen oder zu gewähren.

(9) Zu den Berufspflichten gehört auch die Beherrschung der deutschen Sprache in Sprach- und Schriftform.

§ 3 Kammer

(1) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt ist verpflichtet, sich über die für die Berufsausübung geltenden Vorschriften zu unterrichten sowie diese und Auflagen der Zahnärztekammer zu beachten.

(2) Die Aufnahme und Änderung zahnärztlicher Tätigkeit ist der Zahnärztekammer unverzüglich anzuzeigen; die Zahnärztekammer kann hierzu Näheres regeln.

(3) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat auf Anfragen der Kammer, welche diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben an sie oder ihn richtet, in angemessener Frist zu antworten.

(4) Ehrenämter der Zahnärztekammer sind gewissenhaft, unparteiisch und uneigennützig auszuüben.

(5) Verstöße gegen Berufspflichten werden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet.

§ 4 Haftpflicht

Die Zahnärztin oder der Zahnarzt, die oder der ihren oder seinen Beruf ausübt, ist verpflichtet, eine ausreichende Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung sich aus ihrer oder seiner Berufstätigkeit ergebender Haftpflichtansprüche abzuschließen, während ihrer oder seiner Berufsausübung aufrechtzuerhalten und dieses auf Verlangen der Kammer nachzuweisen.

§ 5 Fortbildung

Die Zahnärztin oder der Zahnarzt, die ihren oder der seinen Beruf ausübt, ist verpflichtet, sich in dem Umfange beruflich fortzubilden, wie es zur Erhaltung und Entwicklung der zur Berufsausübung erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten notwendig ist.

§ 6 Qualität

Im Rahmen der Berufsausübung übernimmt die Zahnärztin oder der Zahnarzt für die Qualität ihrer oder seiner Leistungen persönlich die Verantwortung. Sie oder er hat Maßnahmen zur Qualitätssicherung durchzuführen.

§ 7 Verschwiegenheit

(1) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat die Pflicht, über alles, was ihr oder ihm in ihrer oder seiner Eigenschaft als Zahnärztin oder Zahnarzt anvertraut worden und bekannt geworden ist (Berufsgeheimnisse), gegenüber Dritten Verschwiegenheit zu wahren. Gesetzliche Aussage- und Anzeigepflichten bleiben davon unberührt.

(2) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt ist zur Offenbarung befugt, soweit sie oder er von der oder dem Betroffenen oder ihrer oder seiner gesetzlichen Vertretung von der Schweigepflicht entbunden wurde oder soweit die Offenbarung zum Schutze eines höheren Rechtsgutes erforderlich ist.

(3) Kein Offenbaren gemäß § 7 liegt vor, wenn die Zahnärztin oder der Zahnarzt Berufsgeheimnisse den bei ihr oder ihm tätigen Mitarbeitern zugänglich macht. Die Zahnärztin oder der Zahnarzt darf Berufsgeheimnisse gegenüber einer sonstigen Person, die an der beruflichen Tätigkeit mitwirkt, offenbaren, soweit dies für die Inanspruchnahme der Tätigkeit der sonstigen mitwirkenden Person erforderlich ist.

(4) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat alle in der Praxis tätigen Personen über die gesetzliche Pflicht zur Verschwiegenheit zu belehren und dies zu dokumentieren. Dies gilt auch für Dritte gemäß § 7 Absatz 3 Satz 2.

(5) Wenn mehrere Zahnärztinnen oder Zahnärzte oder Ärztinnen oder Ärzte gleichzeitig oder nacheinander dieselbe Patientin oder denselben Patienten untersuchen oder behandeln, so sind sie untereinander von der Schweigepflicht insoweit befreit, als das Einverständnis der Patientin oder des Patienten vorliegt oder anzunehmen ist.

§ 8 Kollegialität

(1) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat gegenüber allen Berufsangehörigen jederzeit kollegiales Verhalten zu zeigen. Herabsetzende Äußerungen über die Person, die Behandlungsweise oder das berufliche Wissen einer Kollegin oder eines Kollegen sind berufsrechtswidrig.

(2) Es ist insbesondere berufsrechtswidrig, eine Kollegin oder einen Kollegen aus ihrer oder seiner Behandlungstätigkeit oder als Mitbewerberin oder Mitbewerber um eine berufliche Tätigkeit durch unlautere Handlungen zu verdrängen.

(3) Zahnärztinnen oder Zahnärzte sind grundsätzlich verpflichtet, sich nach vorheriger Absprache gegenseitig zu vertreten. Die Zahnärztin oder der Zahnarzt darf eine Vertretung, eine Notfall- oder Überweisungsbehandlung oder eine Begutachtung über den begrenzten Auftrag und die notwendigen Maßnahmen hinaus nicht ausdehnen.

(4) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt darf den von einer anderen Zahnärztin oder einem anderen Zahnarzt oder Ärztin oder Arzt erbetenen Beistand ohne zwingenden Grund nicht ablehnen.

II. Abschnitt – Ausübung des zahnärztlichen Berufs

§ 9 Praxis

(1) Die Ausübung zahnärztlicher Tätigkeit ist, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen etwas anderes zulassen, an die Niederlassung in Praxen gebunden, außer bei

1. angestellter Tätigkeit in einer Praxis, in einem zugelassenen Medizinischen Versorgungszentrum (§ 95 Absatz 1 SGB V) oder in einer nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch ermächtigten Einrichtung,
2. Tätigkeit in Krankenhäusern (§ 108 SGB V) oder Privatkrankenanstalten (§ 30 der Gewerbeordnung),
3. Tätigkeit für Träger, die nicht gewerbs- oder berufsmäßig zahnärztliche Leistungen erbringen,
4. Tätigkeit im öffentlichen Gesundheitswesen und
5. Tätigkeit für eine juristische Person des Privatrechts.

Die Zahnärztekammer kann von § 9 Absatz 1 Satz 1 in besonderen Einzelfällen Ausnahmen zulassen, wenn sichergestellt ist, dass berufsrechtliche Belange nicht beeinträchtigt werden.

(2) Die Berufsausübung als selbstständige Zahnärztin oder selbstständiger Zahnarzt ist an einen Praxissitz gebunden. Die Berufsausübung als selbstständige Zahnärztin oder selbstständiger Zahnarzt in weiteren Praxen ist zulässig, wenn in jedem Einzelfall die ordnungsgemäße Versorgung der Patientinnen und Patienten sichergestellt wird.

(3) Die zahnärztliche Praxis muss die für eine ordnungsgemäße Behandlung und für einen Notfall erforderliche Einrichtung enthalten und sich in einem entsprechenden Zustand befinden.

(4) Übt die Zahnärztin oder der Zahnarzt neben ihrer oder seiner Tätigkeit als Zahnärztin oder Zahnarzt eine andere berufliche Tätigkeit aus, so muss die Ausübung sachlich, räumlich und organisatorisch sowie für die Patientin oder den Patienten erkennbar von ihrer oder seiner zahnärztlichen Tätigkeit getrennt sein.

(5) Beim klinischen Betrieb einer Praxis ist zu gewährleisten, dass:

1. eine umfassende zahnärztliche und pflegerische Betreuung rund um die Uhr sichergestellt ist;
2. die notwendigen Voraussetzungen für eine Notfallintervention bei der oder dem entlassenen Patientin oder Patienten erfüllt sind;
3. die baulichen, apparativ-technischen und hygienischen Voraussetzungen für die stationäre Aufnahme von Patientinnen und Patienten gewährleistet sind.

§ 10 Vertretung

(1) Steht die Zahnärztin oder der Zahnarzt während ihrer oder seiner angekündigten Behandlungszeiten nicht zur Verfügung, so hat sie oder er für eine entsprechende Vertretung zu sorgen. Name, Anschrift und Telefonnummer einer Vertreterin oder eines Vertreters sind in geeigneter Form bekannt zu geben.

(2) Im Falle des Verzichts, der Rücknahme oder des Widerrufs der Approbation oder der Erlaubnis zur Ausübung der Zahnheilkunde nach § 13 des Gesetzes über die Ausübung der Zahnheilkunde (Zahnheilkundengesetz) ist eine Vertretung nicht zulässig. Zahnärztinnen oder Zahnärzte, gegen die ein vorläufiges Berufsverbot verhängt worden ist oder deren Befugnis zur Ausübung des zahnärztlichen Berufes ruht, dürfen nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde vertreten werden.

(3) Die Praxis einer verstorbenen Zahnärztin oder eines verstorbenen Zahnarztes kann unter deren oder dessen Namen bis zu einem halben Jahr vertretungsweise durch eine befugte Zahnärztin oder einen befugten Zahnarzt fortgeführt werden. Der Zeitraum kann in besonderen Fällen durch die Zahnärztekammer verlängert werden.

§ 11 Zahnarztlabor

Die Zahnärztin oder der Zahnarzt ist berechtigt, im Rahmen ihrer oder seiner Praxis ein zahntechnisches Labor zu betreiben oder sich an einem gemeinschaftlichen

zahntechnischen Labor mehrerer Zahnarztpraxen zu beteiligen. Das Zahnarzlabor kann auch in angemessener räumlicher Entfernung zu der Praxis liegen.

§ 12 Zahnärztliche Dokumentation

(1) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt ist verpflichtet, Befunde und Behandlungsmaßnahmen chronologisch und für jede Patientin oder jeden Patienten getrennt zu dokumentieren (zahnärztliche Dokumentation) und mindestens zehn Jahre nach Abschluss der Behandlung aufzubewahren. Die Regelung gemäß Satz 1 gilt, soweit nicht nach anderen Vorschriften andere Aufbewahrungsfristen bestehen.

(2) Beim Umgang mit zahnärztlichen Dokumentationen sind die Bestimmungen über die ärztliche Schweigepflicht und den Datenschutz zu beachten. Berichtigungen und Änderungen von Eintragungen in der Patientenakte sind nur zulässig, wenn neben dem ursprünglichen Inhalt erkennbar bleibt, wann sie vorgenommen worden sind. Dies ist auch für elektronisch geführte Patientenakten sicherzustellen.

(3) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat einer oder einem vor-, mit- oder nachbehandelnden Zahnärztin oder Zahnarzt oder Ärztin oder Arzt sowie einer oder einem begutachtenden Zahnärztin oder Zahnarzt oder Ärztin oder Arzt auf Verlangen ihre oder seine zahnärztlichen Dokumentationen vorübergehend zu überlassen und sie oder ihn über die bisherige Behandlung zu informieren, soweit das Einverständnis der Patientin oder des Patienten vorliegt oder anzunehmen ist.

(4) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat der Patientin oder dem Patienten auf deren oder dessen Verlangen in die sie oder ihn betreffenden zahnärztlichen Dokumentationen Einsicht zu gewähren. Auf Verlangen sind der Patientin oder dem Patienten Kopien der Unterlagen gegen Erstattung der Kosten herauszugeben.

(5) Nach Aufgabe oder Übergabe der Praxis hat die Zahnärztin oder der Zahnarzt unter Beachtung der Regelung gemäß § 12 Absatz 1 und der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ihre oder seine zahnärztlichen Dokumentationen aufzubewahren oder dafür Sorge zu tragen, dass sie ordnungsgemäß verwahrt werden. Zahnärztinnen oder Zahnärzten, denen bei einer Praxisaufgabe oder Praxisübergabe zahnärztliche Dokumentationen in Verwahrung gegeben werden, müssen diese Unterlagen getrennt von den eigenen Unterlagen unter Verschluss halten und dürfen sie nur mit Einverständnis der Patientinnen oder Patienten einsehen oder weitergeben.

§ 13 Gutachten

(1) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat Gutachten neutral, unabhängig und sorgfältig zu erstellen.

(2) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt darf eine Patientin oder einen Patienten, die oder der sie oder ihn zum Zwecke einer Begutachtung aufsucht, vor Ablauf von 24 Monaten nach Abgabe des Gutachtens nicht behandeln. Dies gilt nicht für Notfälle.

(3) Im Übrigen gilt die Gutachterordnung (Anlage 1 zur Berufsordnung (Satzung) der Zahnärztekammer).

§ 14 Notfalldienst

(1) Wer an der zahnärztlichen Versorgung teilnimmt, ist grundsätzlich verpflichtet, am Notfalldienst teilzunehmen. Im Übrigen gilt die Notdienstordnung (Anlage 2 zur Berufsordnung (Satzung) der Zahnärztekammer).

(2) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt darf eine Notfallbehandlung nicht von einer Vorleistung abhängig machen.

§ 15 Honorar

(1) Die Honorarforderung der Zahnärztin oder des Zahnarztes muss angemessen sein.

(2) Vor umfangreichen Behandlungen soll die Patientin oder der Patient auf die voraussichtliche Höhe der Gesamtkosten hingewiesen werden. Treten im Laufe der

Behandlung Umstände auf, die wesentlich höhere Gebühren auslösen, ist dies der Patientin oder dem Patienten unverzüglich mitzuteilen.

III. Abschnitt – Zusammenarbeit der Zahnärztin oder des Zahnarztes mit Dritten

§ 16 Gemeinsame Praxisführung

(1) Wenn ihre eigenverantwortliche, medizinisch unabhängige und nicht gewerbliche Berufsausübung gewährleistet ist, dann können Zahnärztinnen und Zahnärzte Praxen gemeinsam

1. mit anderen Zahnärztinnen und Zahnärzten,
2. mit anderen Kammermitgliedern im Sinne des Heilberufekammergesetzes sowie
3. mit Personen führen, die einem in § 1 Absatz 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2565), genannten staatlichen Ausbildungsberuf im Gesundheitswesen, naturwissenschaftlichen oder einem sozialpädagogischen Beruf angehören. In den Fällen der gemeinsamen Praxisführung zwischen einer Zahnärztin oder einem Zahnarzt und einem Angehörigen eines nichtzahnärztlichen Berufes im Sinne des § 16 Absatz 1 Satz 1 gilt die Regelung in § 9 Absatz 4 entsprechend.

(2) Die Zugehörigkeit zu mehreren Berufsausübungsgemeinschaften ist nur im Rahmen von § 9 zulässig. Die Berufsausübungsgemeinschaft erfordert einen gemeinsamen Praxissitz. Eine Berufsausübungsgemeinschaft von Zahnärztinnen und Zahnärzten mit mehreren Praxissitzen ist zulässig, wenn an dem jeweiligen Praxissitz verantwortlich mindestens ein Mitglied der Berufsausübungsgemeinschaft hauptberuflich tätig ist. Die Formen der Zusammenarbeit sind der Zahnärztekammer anzuzeigen.

(3) Einer Zahnärztin oder einem Zahnarzt ist es gestattet, in Partnerschaften gemäß § 1 Absatz 1 und 2 PartGG oder anderen Gesellschaftsformen mit Angehörigen anderer Berufe als den in § 29 Absatz 2 Satz 2 Heilberufekammergesetz beschriebenen zusammen zu arbeiten, wenn sie oder er in der Partnerschaft oder Gesellschaft nicht die Zahnheilkunde ausübt.

§ 17 Zahnheilkundegesellschaften

Im Hinblick auf die zahnärztliche Tätigkeit für eine juristische Person des Privatrechts wird auf § 29 Absatz 2 Satz 3 und Satz 4 des Heilberufekammergesetzes verwiesen.

§ 18 Angestellte Zahnärztinnen und Zahnärzte

(1) Die Beschäftigung angestellter Zahnärztinnen oder Zahnärzte zur Ausübung der Zahnheilkunde setzt voraus, dass den angestellten Zahnärztinnen oder Zahnärzten die Ausübung der Zahnheilkunde nach dem Zahnheilkundengesetz gestattet ist.

(2) Die Beschäftigung angestellter Zahnärztinnen oder Zahnärzte zur Ausübung der Zahnheilkunde setzt die Leitung durch eine Zahnärztin oder einen Zahnarzt voraus.

(3) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat angestellten Zahnärztinnen oder Zahnärzten eine angemessene Vergütung zu gewähren.

(4) Über die Beschäftigung angestellter Zahnärztinnen oder Zahnärzte darf in der öffentlichen Ankündigung nur mit dem Hinweis auf das Anstellungsverhältnis informiert werden.

§ 19 Praxismitarbeiterinnen und Praxismitarbeiter

(1) Bei der Ausbildung von Zahnmedizinischen Fachangestellten sind die für die Berufsausbildung geltenden Vorschriften zu beachten. Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat dafür Sorge zu tragen, dass den Auszubildenden insbesondere jene Fertigkeiten und Kenntnisse vermittelt werden, die zum Erreichen des Ausbildungszieles erforderlich sind.

- (2) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt darf Praxismitarbeiterinnen und Praxismitarbeiter nur für Aufgaben einsetzen, für die sie ausreichend qualifiziert sind. Bei der Delegation von Tätigkeiten ist der Rahmen des § 1 Absatz 5 und 6 Zahnheilkundegesetz zu beachten.
- (3) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt ist dafür verantwortlich, dass die Praxismitarbeiterinnen und Praxismitarbeiter an der Patientin oder dem Patienten nur unter ihrer oder seiner Aufsicht und Anleitung tätig werden.

IV. Abschnitt – Berufliche Kommunikation

§ 20 Berufsbezeichnung, Titel und Grade

- (1) Berufsangehörige führen die Berufsbezeichnung „Zahnarzt“ oder „Zahnärztin“.
- (2) Akademische Grade dürfen nur geführt werden, wenn und soweit sie in Deutschland anerkannt sind. Darüber hinaus dürfen akademische Grade aus Bereichen außerhalb der Zahnmedizin nur mit Fakultätsbezeichnung geführt werden. Titel und Amtsbezeichnungen dürfen in der Praxis nicht geführt werden. Ausgenommen ist der Professorentitel, wenn die Lehrbefugnis an einer Hochschule in Deutschland unter diesem Titel im Fachbereich Zahnmedizin oder Medizin wahrgenommen wird oder wurde.
- (3) Das Führen von Gebiets- und Zusatzbezeichnungen regelt die Weiterbildungsordnung.

§ 21 Information

- (1) Die nachstehenden Vorschriften dienen dem Patientenschutz durch sachgerechte und angemessene Information und zur Vermeidung einer dem Selbstverständnis des Zahnarztberufes zuwiderlaufenden Kommerzialisierung.
- (2) Der Zahnärztin oder dem Zahnarzt sind sachliche Informationen über ihre oder seine Berufstätigkeit gestattet. Dabei hat die Zahnärztin oder der Zahnarzt ihren oder seinen Namen und ihre oder seine Berufsbezeichnung sowie im Falle einer Zahnheilkundegesellschaft die jeweilige Rechtsform anzugeben; Zahnärztinnen oder Zahnärzte, die ihren Beruf gemeinsam ausüben, haben die Namen aller in der Berufsausübungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Zahnärztinnen und Zahnärzte und deren Berufsbezeichnungen anzugeben; dies gilt insbesondere für Briefpapiere, Rechnungsformulare, Rezepte, Anzeigen und eine Homepage.
- (3) Berufswidrige Werbung ist der Zahnärztin oder dem Zahnarzt untersagt. Berufswidrig ist insbesondere eine anpreisende, irreführende, herabsetzende oder vergleichende Werbung. Die Zahnärztin oder der Zahnarzt darf eine berufswidrige Werbung durch Dritte weder veranlassen noch dulden und hat dem entgegenzuwirken.
- (4) Als berufswidrige Werbung nach Absatz 3 gelten beispielsweise alle im Heilmittelwerbegesetz und im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb aufgezählten Sachverhalte, die ausschließliche Hervorhebung der positiven Seiten einer Behandlung, die Verwendung von Superlativen oder die Behauptung einer Alleinstellung im Zusammenhang mit der eigenen Person, eigenen Praxis oder eigenen Behandlungen.
- (5) Es ist der Zahnärztin oder dem Zahnarzt insbesondere untersagt,
1. ihre oder seine zahnärztliche Berufsbezeichnung für gewerbliche Zwecke zu verwenden oder ihre Verwendung für gewerbliche Zwecke zu gestatten,
 2. Vergünstigungen oder Vorteile für die Werbung von Patientinnen oder Patienten zu gewähren, sowie darauf abzielende Absprachen oder Verträge mit Dritten zu vereinbaren,
 3. unentgeltliche Behandlung anzubieten.
- (6) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt darf auf besondere, personenbezogene Kenntnisse und Fertigkeiten in der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde hinweisen.
- (7) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt, die oder der eine nicht nur vorübergehende belegzahnärztliche oder konsiliarische Tätigkeit ausübt, darf auf diese Tätigkeit hinweisen.

§ 22 Praxisschild

(1) Die niedergelassene Zahnärztin oder der niedergelassene Zahnarzt hat am Praxissitz die Ausübung des zahnärztlichen Berufes durch ein Praxisschild kenntlich zu machen.

(2) Die Zahnärztin oder der Zahnarzt hat an jedem Praxisort auf ihrem oder seinem Praxisschild ihren oder seinen Namen und ihre oder seine Berufsbezeichnung sowie im Falle einer Zahnheilkundegesellschaft die jeweilige Rechtsform anzugeben. Zahnärztinnen oder Zahnärzte, die ihren Beruf gemeinsam ausüben, haben unter Angabe des Namens aller in der Berufsausübungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Zahnärzte ein gemeinsames Praxisschild zu führen.

(3) Praxisschilder müssen den Vorschriften der §§ 20 und 21 entsprechen.

(4) Die Verlegung der Praxis darf ein Jahr lang durch ein mit Angabe der neuen Anschrift versehenes Schild am früheren Praxissitz angezeigt werden.

(5) Wer die Praxis einer anderen Zahnärztin oder eines anderen Zahnarztes übernimmt, darf neben seinem Praxisschild das Praxisschild dieser Zahnärztin oder dieses Zahnarztes mit einem entsprechenden Hinweis nicht länger als ein Jahr weiterführen.

V. Abschnitt – Inkrafttreten

§ 23 Inkrafttreten

(1) Diese Berufsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Berufsordnung der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein vom 26. Juni 2006 (Amtsbl. Schl.-H. S. 502), zuletzt geändert durch Satzung vom 18. Dezember 2012 (Amtsbl. Schl.-H. 2013 S. 44), außer Kraft.

Anlage 1 – Gutachterordnung (Anlage zur Berufsordnung (Satzung) der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein)

Gutachtlich tätige Zahnärztinnen und Zahnärzte üben ein verantwortungsvolles Amt aus. Sie sind als Angehörige eines freien Heilberufes und in ihrem sachverständigen Wirken unabhängig. Sie sind den ethischen Werten der Heilberufe und dem wissenschaftlichen Stand der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde verpflichtet. Die Gutachterordnung unterstützt die gutachtlich tätigen Zahnärztinnen und Zahnärzte bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Pflichten. Sie dient darüber hinaus der Qualitätssicherung in der zahnmedizinischen Versorgung und erfüllt eine Funktion im Interessenausgleich zwischen den Zahnärztinnen und Zahnärzten und den Patientinnen und Patienten.

§ 1 Anwendungsbereich

(1) Gutachterin oder Gutachter im Sinne dieser Ordnung ist, wer von der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein für die Begutachtung privat Zahnärztlicher Behandlungen bestellt oder von einem Gericht beauftragt ist.

(2) Diese Ordnung gilt auch für Mitglieder der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein, die durch privatrechtliche Vereinbarung eine gutachtliche Tätigkeit übernehmen oder die durch Vereinbarung mit Kostenträgern außerhalb der Sozialgesetzbücher gutachtlich tätig werden.

§ 2 Bestellung

(1) Die Bestellung zur Gutachterin oder zum Gutachter erfolgt zu Beginn einer jeden Legislaturperiode durch den Vorstand der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein. Der Vorstand holt dazu insbesondere Vorschläge der Kreisvereine ein. Eine regional ausgewogene Verteilung wird angestrebt.

(2) Die Bestellung ist befristet bis zum Ablauf einer Legislaturperiode. Eine erneute Bestellung ist möglich.

§ 3 Voraussetzungen

Gutachterin oder Gutachter kann nur sein, wer

1. Mitglied der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein ist,
2. zum Zeitpunkt der Bestellung eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung als Zahnärztin oder Zahnarzt besitzt,
3. sich ständig und umfassend fortbildet und an den Gutachtertageungen der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein teilnimmt,
4. persönlich und fachlich die Gewähr für Unparteilichkeit und Unabhängigkeit bei Erstellung von Gutachten bietet,
5. nicht für eine gesetzliche oder private Versicherung, eine Abrechnungsgesellschaft oder den Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen oder für andere Auftraggeber regelmäßig Gutachten über Patientinnen oder Patienten erstellt und
6. grundsätzlich nicht als Gutachterin oder Gutachter für die Kassenzahnärztliche Vereinigung tätig ist.

§ 4 Abberufung

Gutachterinnen oder Gutachter können vom Vorstand der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein abberufen werden

1. bei nachträglichem Entfall der unter § 3 genannten Voraussetzungen,
2. wenn nachweislich Pflichten und Regeln für die Begutachtung nicht eingehalten werden oder
3. aus sonstigem wichtigem Grund.

§ 5 Gutachterliste

- (1) Über die bestellten Gutachterinnen oder Gutachter führt die Zahnärztekammer Schleswig-Holstein eine Gutachterliste.
- (2) Gutachterinnen oder Gutachter mit besonderen Qualifikationen wie Fachzahnärztinnen oder Fachzahnärzte oder mit Tätigkeitsschwerpunkten sollen vornehmlich Gutachten für ihren Bereich übernehmen. Der Vorstand der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein kann für solche Gutachterinnen oder Gutachter Bestellungen für diese Bereiche aussprechen und hierüber gesonderte Listen führen.
- (3) Die Gutachterliste wird Gerichten, Behörden, Kostenträgern und Patientinnen oder Patienten auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

§ 6 Gutachtauftrag und Ablehnung

- (1) Gutachten können von Gerichten, Behörden, Kostenträgern, Patientinnen oder Patienten, Zahnärztinnen oder Zahnärzten, der Kammer und anderen Personen mit berechtigtem Interesse in Auftrag gegeben werden.
- (2) Der Gutachtauftrag ist abzulehnen oder zurückzugeben, wenn
 1. der Auftrag die Möglichkeiten oder die Fähigkeiten der Gutachterin oder des Gutachters in fachlicher, organisatorischer oder zeitlicher Weise überschreitet,
 2. die zu begutachtende Problematik unter vertragszahnärztlichen Gesichtspunkten zu werten ist,
 3. die Besorgnis der Befangenheit besteht oder
 4. nicht alle für die Begutachtung erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

§ 7 Besondere Pflichten

- (1) Gutachterinnen oder Gutachter dürfen mit ihrer Bestellung zur Gutachterin oder zum Gutachter nicht werben. Sie führen die Bezeichnung „von der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein bestellte Gutachterin“ oder „von der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein bestellter Gutachter“ und dies nur im Zusammenhang mit der gutachterlichen Tätigkeit. Begutachtungen sowie die Ausstellung von Zeugnissen oder Bescheinigungen über die Wirksamkeit von Arzneimitteln, zahnärztlichen Materialien und Geräten sowie Mundpflegemitteln sind nur statthaft, wenn das Gutachten nicht zu Werbezwecken verwendet wird.
- (2) Gutachterinnen oder Gutachter sowie die mit ihnen in einer Berufsausübungsgemeinschaft verbundenen Zahnärztinnen oder Zahnärzte dürfen zur Wahrung der Unabhängigkeit begutachtete Patientinnen oder Patienten vor Ablauf von 24 Monaten nach Abgabe des schriftlichen Gutachtens nicht behandeln. Notfallbehandlungen sind davon ausgenommen.
- (3) Gutachterinnen oder Gutachter verfahren mit der notwendigen Sorgfalt und äußern im Rahmen des Auftrags nach bestem Wissen ihre zahnärztliche Überzeugung. Sie sind persönlich für ihr Gutachten verantwortlich und stellen das Gutachten innerhalb einer angemessenen Frist fertig.
- (4) Für die Bewertung der Befunde, Diagnosen und Behandlungsmethoden sind die zum Zeitpunkt der Behandlung bestehenden, allgemein anerkannten fachlichen Standards maßgebend. Demgegenüber treten individuelle Auffassungen zurück.
- (5) Bei der Untersuchung, der Befragung einer Patientin oder eines Patienten sowie bei der Erstellung des Gutachtens sind Äußerungen, die nicht sachdienlich sind oder die Person oder zahnärztliche Leistungen der Behandlerin oder des Behandlers herabsetzen, zu unterlassen.
- (6) Befundberichte beschränken sich auf die Darstellung der zum Zeitpunkt der Untersuchung bestehenden Situation. Wertungen oder kritische Stellungnahmen sind in Befundberichten nicht zulässig.

§ 8 Persönliche Erstellung des Gutachtens

- (1) Gutachterinnen oder Gutachter haben das Gutachten persönlich zu erstellen.
- (2) Sofern ein Gutachten aus fachlichen wie aus umfänglichen Gründen nicht von einer Gutachterin oder einem Gutachter allein erstellt werden kann, können sich zwei oder mehrere Gutachterinnen oder Gutachter mit Zustimmung der Auftraggeberin oder des Auftraggebers zur Erstellung des Gutachtens zusammenschließen. Die Eigenverantwortlichkeit für den von der jeweiligen Gutachterin oder vom jeweiligen Gutachter erstellten Teil des Gutachtens bleibt unberührt und muss eindeutig kenntlich gemacht werden. Für jede Gutachterin oder jeden Gutachter gelten die Regelungen dieser Gutachterordnung.

§ 9 Vorbereitung des Gutachtens

- (1) Bei schriftlichen Aufträgen zur Begutachtung wird der Eingang des Auftrags und ggf. der Unterlagen unverzüglich bestätigt.
- (2) Bei Gutachtaufträgen durch Gerichte wird die Korrespondenz nur mit den Gerichten geführt, es sei denn, es liegt eine ausdrückliche Befreiung vor. Bei Korrespondenz im Gerichtsverfahren sind immer die beteiligten Parteien einzubeziehen. Bei Gutachtaufträgen durch Patientinnen oder Patienten darf ohne Einwilligung kein Kontakt zur behandelnden Zahnärztin oder zum behandelnden Zahnarzt hergestellt werden.
- (3) Nach Sichtung der zur Verfügung gestellten Unterlagen und Akten wird festgestellt, ob weitere Unterlagen benötigt werden. Diese werden über das Gericht angefordert. Bei Gutachtaufträgen durch Patientinnen oder Patienten beschaffen diese die erforderlichen Unterlagen selbst oder stimmen einer Anforderung durch die Gutachterin oder den Gutachter zu.
- (4) Ohne Einwilligung der zu untersuchenden Person oder ohne die ausdrückliche Anweisung durch das Gericht darf außer dem erforderlichen Assistenzpersonal niemand der klinischen Untersuchung beiwohnen.

§ 10 Aufbau des Gutachtens

- (1) Das Gutachten soll die Fragestellung umfassend beantworten, dabei jedoch knapp und klar in der Formulierung sein. Die Wortwahl muss auch für Laien verständlich sein. Medizinische Termini müssen - ggf. in Fußnoten - erklärt werden.
- (2) Jedes Gutachten beginnt mit dem Rubrum:
 1. Name und Anschrift der Gutachterin oder des Gutachters,
 2. Name, Anschrift und Geburtsdatum der Patientin oder des Patienten,
 3. Name und Anschrift der behandelnden Zahnärztin oder des behandelnden Zahnarztes,
 4. Auftraggeberin oder Auftraggeber, bei Gerichtsgutachten zusätzlich Aktenzeichen und Bezeichnung der Parteien,
 5. Fragestellung für das Gutachten,
 6. Unterlagen als Grundlagen des Gutachtens,
 7. Angaben über vorgenommene Untersuchungen.
- (3) Die Fragestellung des Gutachtens ist konkret zu formulieren. Bei Gerichtsgutachten ergibt sie sich aus dem Beweisbeschluss. Das Gutachten ist an das Thema gebunden und darf die Fragestellung nicht überschreiten. Sofern die Fragestellung unklar ist, sie zahnmedizinisch nicht sinnvoll beantwortet werden kann oder dringend erweitert werden muss, wird dies der Auftraggeberin oder dem Auftraggeber unverzüglich mitgeteilt.
- (4) Die von Patientinnen oder Patienten mitgeteilten Angaben und vorgetragenen Beschwerden sind im Gutachten im Konjunktiv festzuhalten.
- (5) Die Darstellung des Sachverhalts beinhaltet alle eigenen Feststellungen, Untersuchungsergebnisse, Befunde und Diagnosen, ggf. die Anfertigung von Röntgenaufnahmen, von Kiefermodellen oder Fotografien. Hinzu kommt die Darstellung derjenigen Sachverhalte, die sich aus den beigezogenen Unterlagen ergibt.

(6) Bei der Beantwortung der Fragestellung muss festgestellt werden, ob die stattgefundenene Behandlung nach fachlichen Standards erfolgte und keine Sorgfaltspflichtverletzungen vorlagen. Kommt es zu negativen Feststellungen, so sind die als ursächlich erachteten Gründe aufzuzeigen. Das Behandlungsergebnis ist unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt der Behandlung maßgeblichen Befunde und Erkenntnisse sowie den zum Zeitpunkt der Behandlung bestehenden, allgemein anerkannten fachlichen Standards zu beurteilen.

(7) Die Gutachterin oder der Gutachter versichert am Schluss des Gutachtens an Eides statt, dass sie oder er

1. das Gutachten nach bestem Wissen und Gewissen erstellt hat,
2. mit den Parteien weder verwandt oder verschwägert ist, noch in einem sonstigen Abhängigkeitsverhältnis zu ihnen steht und
3. sich nicht für befangen hält.

(8) Das Gutachten ist zu datieren und persönlich zu unterschreiben.

§ 11 Weitergabe des Gutachtens

(1) Das Gutachten ist Eigentum der Auftraggeberin oder des Auftraggebers und wird ihr oder ihm in der angeforderten Zahl der Ausfertigungen übergeben. Die Gutachterin oder der Gutachter muss eine Ausfertigung in ihren oder seinen Akten mindestens zehn Jahre aufbewahren.

(2) Zum Zwecke der Qualitätssicherung wird der Zahnärztekammer eine Kopie mit Anonymisierungen zur Verfügung gestellt.

§ 12 Entschädigung

(1) Die Auftraggeberin oder der Auftraggeber schuldet der Gutachterin oder dem Gutachter eine Entschädigung.

(2) Grundlage für die Berechnung der Entschädigung der Gerichtsgutachten ist das Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz (JVEG) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Grundlage für die Berechnung der Entschädigung der Gutachten anderer Auftraggeber sind die Gebührenordnungen für Ärzte (GOÄ) und Zahnärzte (GOZ). Für die Honorierung kann vorab auch eine schriftliche Vereinbarung gemäß § 2 Absatz 1 und 2 GOZ getroffen werden.

Anlage 2 Notdienstordnung (Anlage zur Berufsordnung (Satzung) der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein) – gültig für Planung und Durchführung des Notfallbereitschaftsdienstes für das Jahr 2019 und später

§ 1 Durchführung des Notfallbereitschaftsdienstes

(1) Im Bereich der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein (Zahnärztekammer) wird zum Zwecke einer ausreichenden Versorgung für dringende Fälle ein Notfallbereitschaftsdienst durchgeführt.

(2) Die Einteilung zum Notfallbereitschaftsdienst und dessen Organisation erfolgt durch die Zahnärztekammer nach Abstimmung mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (Kassenzahnärztliche Vereinigung). Die Zahnärztekammer kann mit der Einteilung zum Notfallbereitschaftsdienst und dessen Organisation örtliche Vereinigungen der Zahnärzteschaft beauftragen und gleichzeitig festlegen, für welche Städte und Gemeinden diese örtlichen Vereinigungen zuständig sind.

§ 2 Teilnahme am Notfallbereitschaftsdienst und Befreiung

(1) Alle niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte sind grundsätzlich zur Teilnahme am Notfallbereitschaftsdienst verpflichtet; die Häufigkeit der Heranziehung zum Notfallbereitschaftsdienst bestimmt sich nach dem gemäß § 3 zu errechnenden Faktor.

(2) Berufsausübungsgemeinschaften sind entsprechend des genehmigten Umfangs der in diesen tätigen zugelassenen Vertragszahnärztinnen oder Vertragszahnärzten und genehmigten angestellten Zahnärztinnen oder Zahnärzten gemäß § 32 b Zulassungsverordnung für Vertragszahnärzte (Zahnärzte-ZV) zum Notfallbereitschaftsdienst heranzuziehen. Die Faktorberechnung des § 3 findet entsprechende Anwendung. Verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung des Notfallbereitschaftsdienstes sind die in der Berufsausübungsgemeinschaft tätigen zugelassenen Vertragszahnärztinnen oder Vertragszahnärzte. Für die Heranziehung einer ausschließlich privat Zahnärztlich tätigen Berufsausübungsgemeinschaft zum Notfallbereitschaftsdienst gelten die Regelungen für die Heranziehung der niedergelassenen Zahnärztin oder des niedergelassenen Zahnarztes zum Notfallbereitschaftsdienst sowie Satz 3 entsprechend.

(3) Medizinische Versorgungszentren gemäß § 95 SGB V sind entsprechend des genehmigten Umfangs der in diesen tätigen zugelassenen Vertragszahnärztinnen oder Vertragszahnärzten und / oder der gemäß § 32 b Zahnärzte-ZV genehmigten angestellten Zahnärztinnen oder Zahnärzten zum Notfallbereitschaftsdienst heranzuziehen. Die Faktorberechnung des § 3 findet entsprechende Anwendung. Verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung des Notfallbereitschaftsdienstes ist der durch den Zulassungsausschuss genehmigte Zahnärztliche Leiter gemäß § 95 SGB V.

(4) Genehmigte angestellte Zahnärztinnen oder Zahnärzte gemäß § 32 b Zahnärzte-ZV oder privat Zahnärztlich angestellte Zahnärztinnen oder Zahnärzte werden nicht persönlich zum Notfallbereitschaftsdienst eingeteilt, sondern über die anstellende Zahnärztin oder den anstellenden Zahnarzt, die anstellende Berufsausübungsgemeinschaft oder das anstellende medizinische Versorgungszentrum bei der Berechnung ihres oder seines Faktors gemäß § 3 berücksichtigt.

(5) Bei der Erstellung des Notfallbereitschaftsplanes sind der Faktorberechnung gemäß § 3 die hierfür erforderlichen Informationen – der Niederlassungs- und/oder Zulassungsstatus, die Anzahl der genehmigten angestellten Zahnärztinnen oder Zahnärzte gemäß § 32 b Zahnärzte-ZV oder der privat Zahnärztlich angestellten Zahnärztinnen oder Zahnärzte sowie deren Beschäftigungsumfang oder vertraglich vereinbarte Arbeitszeiten – zu dem Stichtag 31. August eines Jahres mit Wirkung für das darauf folgende Kalenderjahr zugrunde zu legen. Bei Vertragszahnärztinnen oder Vertragszahnärzten, Berufsausübungsgemeinschaften oder medizinischen Versorgungszentren ist der durch den Zulassungsausschuss zu dem in Satz 1 genannten Stichtag beschiedene Zulassungsstatus maßgeblich, sofern bis dahin keine abweichende Meldung durch diese bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung erfolgt ist; bei angestellten Zahnärztinnen oder Zahnärzten gemäß § 32 b Zahnärzte-ZV sind die zu dem in Satz 1 genannten Stichtag durch

den Zulassungsausschuss genehmigte Anzahl dieser Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie deren durch den Zulassungsausschuss genehmigter Beschäftigungsumfang maßgeblich, sofern bis dahin keine abweichende Meldung durch die anstellende Vertragszahnärztin oder den anstellenden Vertragszahnarzt oder die anstellende Berufsausübungsgemeinschaft oder das anstellende medizinische Versorgungszentrum bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung erfolgt ist. Bei niedergelassenen Zahnärztinnen oder Zahnärzten ohne vertragszahnärztliche Zulassung ist der der Zahnärztekammer zu dem in Satz 1 genannten Stichtag bekannte Niederlassungsstatus maßgeblich, sofern bis dahin keine abweichende Meldung durch diese Zahnärztinnen oder Zahnärzte bei der Zahnärztekammer erfolgt ist; bei privat Zahnärztlich angestellten Zahnärztinnen oder Zahnärzten sind die zu dem in Satz 1 genannten Stichtag der Zahnärztekammer bekannte Anzahl dieser Zahnärztinnen oder Zahnärzte sowie deren vertraglich vereinbarte Arbeitszeiten maßgeblich, sofern bis dahin keine abweichende Meldung durch die anstellenden niedergelassenen Zahnärztinnen oder Zahnärzte ohne vertragszahnärztliche Zulassung bei der Zahnärztekammer erfolgt ist. Änderungen, die sich nach dem in Satz 1 genannten Stichtag ergeben, haben keine Auswirkungen auf die Faktorberechnung gemäß § 3 für das darauf folgende Kalenderjahr.

(6) Die anstellende Zahnärztin oder der anstellende Zahnarzt muss ihre oder seine sich aus der Einteilung zum Notfallbereitschaftsdienst ergebenden Verpflichtungen nicht höchstpersönlich erfüllen, sondern kann hiermit auch seine angestellte Zahnärztin oder seinen angestellten Zahnarzt beauftragen. Entsprechendes gilt für die anstellende Berufsausübungsgemeinschaft oder das anstellende medizinische Versorgungszentrum.

(7) Die Heranziehung zum Notfallbereitschaftsdienst erfolgt am Sitz der Praxis für den von der Zahnärztekammer oder den jeweiligen örtlichen Vereinigungen der Zahnärzteschaft festgelegten Notdienstbezirk. Nimmt eine Zahnärztin oder ein Zahnarzt ihren oder seinen Versorgungsauftrag an mehreren Orten wahr (Hauptpraxis mit Zweigpraxis), erfolgt eine gesonderte Heranziehung zum Notfallbereitschaftsdienst dergestalt, dass sie oder er entsprechend ihrer oder seiner vertragszahnärztlichen Genehmigung für Haupt- und Zweigpraxis herangezogen wird, insgesamt jedoch nur im Umfang der Summe ihres oder seines Versorgungsauftrages. Für die Heranziehung einer Berufsausübungsgemeinschaft und eines medizinischen Versorgungszentrums zum Notfallbereitschaftsdienst gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.

(8) Die zur Teilnahme am Notfallbereitschaftsdienst verpflichtend eingeteilten Zahnärztinnen oder Zahnärzte, Berufsausübungsgemeinschaften und medizinischen Versorgungszentren werden durch die Bekanntgabe der Notdienstlisten der Zahnärztekammer oder der jeweils zuständigen örtlichen Vereinigungen der Zahnärzteschaft, aus der die Einteilung der einzelnen Zahnärztin oder des einzelnen Zahnarztes, der einzelnen Berufsausübungsgemeinschaft oder des einzelnen medizinischen Versorgungszentrums hervorgeht, zum Notfallbereitschaftsdienst herangezogen. Die Einteilung zum Notfallbereitschaftsdienst wird der verpflichteten Zahnärztin oder dem verpflichteten Zahnarzt, der verpflichteten Berufsausübungsgemeinschaft oder dem verpflichteten medizinischen Versorgungszentrum rechtzeitig im Voraus bekannt gegeben.

(9) Die Pflicht zur Teilnahme am Notfallbereitschaftsdienst obliegt auch einer Praxisvertreterin oder einem Praxisvertreter für den Fall, dass die vertretene Zahnärztin oder der vertretene Zahnarzt zum Notfallbereitschaftsdienst eingeteilt ist. Im Fall der Praxisübernahme geht die Verpflichtung der die Praxis abgebenden Zahnärztin oder des die Praxis abgebenden Zahnarztes zur Durchführung von bereits eingeteilten Notfallbereitschaftsdiensten auf die die Praxis übernehmende Zahnärztin oder den die Praxis übernehmenden Zahnarzt über. Änderungen der Zusammensetzung einer Berufsausübungsgemeinschaft oder eines medizinischen Versorgungszentrums haben keinen Einfluss auf deren oder dessen Verpflichtung zur Durchführung von bereits eingeteilten Notfallbereitschaftsdiensten.

(10) Eine Befreiung vom Notfallbereitschaftsdienst kann auf Antrag aus schwerwiegenden Gründen widerruflich ganz, teilweise oder vorübergehend erteilt werden. Über den Antrag entscheidet der Vorstand der Zahnärztekammer.

§ 3 Häufigkeit der Heranziehung zum Notfallbereitschaftsdienst

Die Häufigkeit der Heranziehung der niedergelassenen Zahnärztin oder des niedergelassenen Zahnarztes oder der Berufsausübungsgemeinschaft oder des medizinischen Versorgungszentrums zum Notfallbereitschaftsdienst bestimmt ein Faktor, der sich wie folgt zusammensetzt:

1. Niedergelassene Zahnärztin oder niedergelassener Zahnarzt ohne vertragszahnärztliche Zulassung: Faktor 1
2. Vertragszahnärztin oder Vertragszahnarzt
 - a) mit voller Zulassung: Faktor 1
 - b) mit hälftiger Zulassung: Faktor 0,5
3. Genehmigte angestellte Zahnärztin / genehmigter angestellter Zahnarzt gemäß § 32 b Zahnärzte-ZV in Abhängigkeit von dem durch den Zulassungsausschuss genehmigten Beschäftigungsumfang
 - a) Beschäftigungsumfang von einem viertel Tag: Faktor 0,25
 - b) Beschäftigungsumfang von einem halben Tag: Faktor 0,5
 - c) Beschäftigungsumfang von einem dreiviertel Tag: Faktor: 0,75
 - d) Beschäftigungsumfang von einem ganzen Tag: Faktor 1
4. Privatzahnärztlich angestellte Zahnärztin / privatzahnärztlich angestellter Zahnarzt mit vertraglich vereinbarter Arbeitszeit
 - a) bis 10 Stunden pro Woche: Faktor 0,25
 - b) über 10 bis 20 Stunden pro Woche: Faktor 0,5
 - c) über 20 bis 30 Stunden pro Woche: Faktor 0,75
 - d) über 30 Stunden pro Woche: Faktor 1

Werden Arbeitsstunden pro Monat vereinbart, ist der Umrechnungsfaktor 1/4,2 zur Errechnung der Wochenarbeitszeit anzuwenden.

§ 4 Zeiten und Dauer des Notfallbereitschaftsdienstes

(1) Der Notfallbereitschaftsdienst wird grundsätzlich an sprechstundenfreien Tagen, also an Sonnabenden, Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen durchgeführt. Er kann aber auch für andere Tage – beispielsweise so genannte Brückentage – festgelegt werden, wenn hierfür ein allgemeines Bedürfnis besteht.

(2) Die Dienstzeit für die Notfallbereitschaft ist an Wochenenden mindestens von Freitag 18.00 Uhr bis Montag 06.00 Uhr und an Feiertagen mindestens von 18.00 Uhr am Vortage bis 06.00 Uhr am Folgetage. Während des Notfallbereitschaftsdienstes werden feste Sprechstundenzeiten in der Praxis festgelegt.

(3) Während des gesamten Notfallbereitschaftsdienstes müssen die hierzu verpflichteten Zahnärztinnen und Zahnärzte zur Durchführung von Notmaßnahmen, zur Erteilung von Auskünften (z. B. fernmündlich) und zur Vereinbarung eines Behandlungstermins erreichbar sein.

§ 5 Vertretung und Tausch

(1) Ist die eingeteilte Zahnärztin oder der eingeteilte Zahnarzt oder die eingeteilte Berufsausübungsgemeinschaft oder das eingeteilte medizinische Versorgungszentrum an der Teilnahme am Notfallbereitschaftsdienst verhindert, haben diese selbst unverzüglich für eine Vertretung im gleichen Notdienstbezirk zu sorgen und die Vertretung unverzüglich in geeigneter Form bekannt zu geben. Die den Notfallbereitschaftsdienst übernehmende Zahnärztin oder der den Notfallbereitschaftsdienst übernehmende Zahnarzt oder die den Notfallbereitschaftsdienst übernehmende Berufsausübungsgemeinschaft oder das den Notfallbereitschaftsdienst übernehmende medizinische Versorgungszentrum haben dies ebenfalls unverzüglich in geeigneter Form bekannt zu geben.

(2) In begründeten Fällen kann ein Tausch des Notfallbereitschaftsdienstes im gleichen Notdienstbezirk vorgenommen werden.

(3) Vertretung und Tausch sind der für die Organisation des Notfallbereitschaftsdienstes zuständigen Stelle unverzüglich zu melden.

(4) Die Zahnärztekammer oder die jeweils zuständige örtliche Vereinigung der Zahnärzteschaft kann zur Sicherstellung des Notfallbereitschaftsdienstes für den Fall, dass keine Vertreterin oder kein Vertreter gefunden wurde, eine Zahnärztin oder einen Zahnarzt oder eine Berufsausübungsgemeinschaft oder ein medizinisches Versorgungszentrum zur Übernahme des Notfallbereitschaftsdienstes verpflichten.

§ 6 Verweisung

Patientinnen und Patienten sind nach der Notfallbehandlung gegebenenfalls unter Mitteilung der durchgeführten Behandlung an ihre Zahnärztin oder ihren Zahnarzt zu verweisen.

§ 7 Bekanntmachung des Notfallbereitschaftsdienstes

Der Notfallbereitschaftsdienst ist den Patientinnen und Patienten in geeigneter Weise (z. B. auf der Homepage der örtlichen Vereinigung der Zahnärzteschaft) bekannt zu machen.

§ 8 Übergangsbestimmung

Der Notfallbereitschaftsdienst für das Jahr 2019 und später wird aufgrund der Regelungen dieser Notdienstordnung geplant und durchgeführt. Für die Planung und Durchführung des Notfallbereitschaftsdienstes für das Jahr 2018 finden abweichend von den Regelungen dieser Notdienstordnung die Regelungen der Notdienstordnung (Anlage zur Berufsordnung (Satzung) der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein vom 25. April 2017 (Amtsbl. Schl.-H. S. 898)) weiterhin Anwendung.

Anlage 2 Notdienstordnung (Anlage zur Berufsordnung (Satzung) der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein) – gültig für die Planung und Durchführung des Notfallbereitschaftsdienstes für das Jahr 2018

§ 1 Durchführung

(1) Im Bereich der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein wird zum Zwecke einer ausreichenden Versorgung für dringende Fälle ein Notfallbereitschaftsdienst durchgeführt.

(2) Die Einteilung zum Notfallbereitschaftsdienst erfolgt durch die Zahnärztekammer nach Abstimmung mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein. Die Zahnärztekammer kann mit der Einteilung zum Notfallbereitschaftsdienst örtliche Vereinigungen der Zahnärzteschaft beauftragen und gleichzeitig festlegen, für welche Städte und Gemeinden diese örtlichen Vereinigungen zuständig sind.

§ 2 Teilnahme

(1) Zur Teilnahme am Notfallbereitschaftsdienst sind alle niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte für jeden Ort der Berufsausübung heranzuziehen. Gesellschaften nach § 17 der Berufsordnung, die die Zahnheilkunde ambulant ausüben, sind entsprechend des Umfangs ihres Versorgungsauftrags zum Notfallbereitschaftsdienst heranzuziehen.

(2) Eine Befreiung vom Notfallbereitschaftsdienst kann auf Antrag aus schwerwiegenden Gründen widerruflich ganz, teilweise oder vorübergehend erteilt werden. Über den Antrag entscheidet der Vorstand der Zahnärztekammer.

§ 3 Zeiten

(1) Der Notfallbereitschaftsdienst wird grundsätzlich an sprechstundenfreien Tagen, also an Sonnabenden, Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen durchgeführt. Er kann aber auch für andere Tage – beispielsweise so genannte Brückentage – festgelegt werden, wenn hierfür ein allgemeines Bedürfnis besteht.

(2) Die Dienstzeit für die Bereitschaft ist an Wochenenden von Freitag 18.00 Uhr bis Montag 06.00 Uhr und an Feiertagen von 18.00 Uhr am Vortage bis 06.00 Uhr am Folgetage. Während des Notfallbereitschaftsdienstes können feste Sprechstundenzeiten in der Praxis festgelegt werden.

(3) Während des gesamten Notfallbereitschaftsdienstes müssen die Eingeteilten zur Durchführung von Notmaßnahmen, zur Erteilung von Auskünften (z. B. fernmündlich) und zur Vereinbarung eines Behandlungstermins erreichbar sein.

§ 4 Vertretung

Ist die eingeteilte Zahnärztin oder der eingeteilte Zahnarzt zur Teilnahme am Notfallbereitschaftsdienst verhindert, besteht die Verpflichtung, unverzüglich für eine Vertretung im gleichen Notdienstbezirk zu sorgen und die Vertretung in geeigneter Form bekannt zu geben.

§ 5 Verweisung

Patientinnen und Patienten sind nach der Notfallbehandlung ggf. unter Mitteilung der durchgeführten Behandlung an ihre Zahnärztin oder ihren Zahnarzt zu verweisen.